

Landespressekonferenz

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW) am 21. Oktober 2020 in Stuttgart

Die GEW zieht Bilanz und stellt sich neu auf

27 Tage Schule im Corona-Schuljahr 2020/2021

12 Jahre Bildungspolitik in BW

151 Tage bis zur Landtagswahl – was braucht die Bildung bis 2026

Statement der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

morgen sollte die dreitägige Landesdelegiertenversammlung der GEW Baden-Württemberg im Glaspalast in Sindelfingen beginnen, bei der auf den Tag genau nach 12,5 Jahren am Freitag der Wechsel an der Spitze der GEW erfolgen sollte.

Der Geschäftsführende Landesvorstand (GV) der GEW BW hat am vergangenen Freitag einstimmig beschlossen, trotz noch vorliegender Genehmigung die geplante Landesdelegiertenversammlung (LDV) vom 22. – 24. Oktober 2020 in Sindelfingen nur eintägig online am 23. Oktober stattfinden zu lassen.

Die Kandidat*innen für den Vorstand, darunter Monika Stein aus Freiburg als einzige Kandidatin für den Landesvorsitz, werden sich in einem Livestream vorstellen. Anschließend wird eine Briefwahl stattfinden.

Gerne hätten wir mit unseren 340 Delegierten aus allen Bildungsbereichen und den Gästen aus der Landespolitik drei Tage lang unter dem Motto „Zeit für gute Bildung“ diskutiert und die Weichen für die Zukunft gemeinsam gestellt. Jetzt geht es darum, dass wir möglichst gut und gesund durch diese Krise kommen. Unsere Vorschläge für gute Bildung in Baden-Württemberg geraten dabei nicht in Vergessenheit. Die GEW kann auch digital.

Ich hätte mich sehr gerne in einer Präsenzveranstaltung von der großen GEW-Familie und Repräsentant*innen aus Bildung und Politik, auch von Ihnen, verabschiedet.

27 Tage Schule im Corona-Schuljahr 2020/2021 – was ist noch zu tun?

Das Schuljahr hat begonnen mit vollen Klassen ohne Abstand und mit massivem Lehrkräftemangel.

- Es gibt keinerlei **personelle Unterstützung für die Schulen**, für die Schüler*innen und die Lehrkräfte. Die Lernbrücken in den Sommerferien waren kein Ersatz für den ausgefallenen Unterricht und kein Beitrag zum Abbau von Bildungsbenachteiligung. Schule ist mehr als Lesen, Schreiben, Rechnen. Selbstverständlich müssen diese Kompetenzen gefördert

werden. Bildung heißt auch ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung.

Ich wiederhole meine Forderungen:

Lehramtsstudierende sollen gegen Vergütung Lehrkräfte bei der individuellen Förderung im Klassenzimmer unterstützen. Auch zusätzliche Pädagogische Assistent*innen können hierbei helfen und Schüler*innen ermutigen, ihr Selbstwertgefühl aufzubauen. Für die Studierenden ist es wertvolle Praxiserfahrung, die durch Corona weggefallen ist. Und es wäre auch ein Nebenverdienst für die weggefallenen Jobs zur Finanzierung des Studiums. Auch der Ausbau der Schulsozialarbeit ist wichtig.

- Die **digitale Ausstattung** der Lehrkräfte und Schüler*innen ist weiterhin weit davon entfernt, stabile Angebote im zeitlichen Umfang eines Präsenzunterrichts zu ermöglichen.
- Die Lehrkräfte sind verunsichert:
 - o **Rechtliche Fragen** rund um die Arbeit mit digitalen Geräten sind ungeklärt. Eltern und Großeltern sitzen offen und verborgen in den Videokonferenzen.
 - o Die **Erwartungen der Eltern**, die verbalen Angriffe und Kontrollen der Lehrkräfte durch die Eltern sind enorm gestiegen.
 - o Der Unterricht in vollen Klassenzimmern ohne Einhaltung der Abstandsregel macht Angst. Wer zum vierten Mal wegen Infektionsfällen für zehn Tage in Quarantäne geschickt wird, ist genervt.
- **Datenschutzrecht** wird zum Risiko für Lehrkräfte. Das Kultusministerium hat dem Abgeordneten Alexander Salomon auf Anfrage Folgendes mitgeteilt: „In Abstimmung mit dem LfDI vertritt das Kultusministerium die Rechtsauffassung, dass auch im Rahmen einer möglichen Bereitstellung von Microsoft Office 365 durch das Kultusministerium die jeweilige Schule datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle wäre.“
- Die Aufgaben haben massiv zugenommen:
 - o In den Pausen muss der Toilettengang verpflichtend beaufsichtigt werden.
 - o Andere Aufsichten, z.B. an der Schulbushaltestelle, haben massiv zugenommen.
 - o Der Aufwand für Kommunikation innerhalb des Kollegiums, mit den Schüler*innen und den Eltern ist enorm gestiegen.
 - o Die organisatorischen Aufgaben und Auflagen zu Dokumentation sind sehr hoch.
- Die Vorgaben zum Lüften – alle 20 Minuten - schaffen eine Situation in Unterrichtsräumen, in denen konzentriertes Lernen nicht möglich ist. Ich saß in den vergangenen Wochen mehrfach in solchen Räumen. Auch wenn ich bei niedrigen Temperaturen entsprechend angezogen bin, komme ich mir vor, als wenn ich mich im Winter im Freien entspannt hinsetzen soll.
- Unterrichten mit Maske bei verstärktem Frontalunterricht ist sehr anstrengend.

Was müssen die nächsten Schritte sein?

Die Behauptung, von Kindern bis zehn Jahren gehe keine Ansteckungsgefahr aus, wird öffentlich seit den Sommerferien von keinem Kultusministerium mehr in den Mund genommen. Kein Wunder: Es gibt immer mehr wissenschaftliche Hinweise darauf, dass Kinder sehr wohl das Corona-Virus weitertragen.

Auch im Unterricht muss die AHA-Regel eingehalten werden, mindestens an den weiterführenden Schulen. Schule muss so organisiert werden, dass der Abstand eingehalten werden kann. Die Maskenpflicht kann nur eine weitere Schutzmaßnahme sein.

Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die Schulschließungen vermeiden.

- Abstand im Klassenzimmer ermöglichen und deshalb ab Klasse 7 Unterricht mit halben Klassen im tageweisen Wechsel in Präsenz. Die andere Hälfte der Klasse erhält Aufgaben für den Zwischentag zu Hause. Das Lernen mit kleinen Gruppen ist deutlich effektiver, die Mehrarbeit für die Lehrkräfte begrenzt. Digitaler Unterricht ist dann nicht notwendig, die Berufstätigkeit von Eltern ist bei älteren Schüler*innen nicht gefährdet.
- Dort wo die digitale Ausstattung verfügbar ist, sollte ermöglicht werden, dass die halbe Klasse in Präsenz mit Abstand und die andere Hälfte zu Hause an den digitalen Geräten am Unterricht teilnimmt – im tageweisen oder wöchentlichen Wechsel.
- CO2-Messgeräte müssen angeschafft werden. Es braucht nicht für jedes Klassenzimmer ein Gerät. Lt. Experten kann über einen bestimmten Zeitraum Erfahrung mit der Raumluft in einer bestimmten Situation und einer bestimmten Anzahl von Schüler*innen gesammelt werden, die dann in der Praxis umgesetzt wird.
- Masken sind jetzt ab Klasse 5 im Unterricht Pflicht. Ich erwarte, dass das Kultusministerium eine Regelung findet, damit Lehrkräfte (und Schüler*innen) nach zwei bis drei Stunden eine Maskenpause bekommen. Lehrkräfte müssen mit Maske lauter sprechen. Die Stimme ist belastet, es ist körperlich anstrengend, die Maske wird feucht.
- Die Vorgabe, alle 20 Minuten zu lüften, ist nur eine schlechte Lösung.
- Die Digitalisierung muss in Zusammenarbeit von Land und Kommune schneller vorangebracht werden.
- Die Lehrkräfte erwarten nachhaltige Qualifizierungsangebote für ihre Arbeit mit digitalen Medien. Kein Unternehmen würde sich erlauben ein Angebot im Umfang von 1,5 Stunden anzubieten, bei dem „souveräner Umgang bei Cyber-Mobbing, Datenschutz und Bildrechten, Einblick in die Machart von Medien“ vermittelt werden soll.
Es gibt Anzeichen, dass das Kultusministerium dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung einen beträchtlichen Teil der personellen Ressourcen entzieht und diese Lehrkräfte mitten im laufenden Schuljahr an die Schulen zurückschickt. Ob das daran liegt, dass das Kultusministerium mit der Wirksamkeit des ZSL unzufrieden ist oder ob die Qualifizierung der Lehrkräfte als völlig nachrangig betrachtet wird im Vergleich zur schlechten Unterrichtsversorgung im Vorwahlkampf, entzieht sich meiner Kenntnis.
- Mindestens vorerkrankte Lehrkräfte müssen endlich FFP2-Schutzmasken bekommen. Es ist für mich unfassbar, dass das immer noch am Finanzierungsgerangel scheitert.
- Wir brauchen eine Arbeitszeit- oder Pausenregelung für Lehrkräfte in dieser neuen Situation. Seit Montag besteht Maskenpflicht für Lehrkräfte an allen Schularten und für alle Schüler*innen ab Klasse 5. Es gibt während des Aufenthalts an der Schule keinen Ort, an dem während der gesamten Zeit eine Pause vom Maskentragen möglich ist. Auf dem Klo kann die Maske heimlich für kurze Zeit abgenommen werden.

- Wir brauchen endlich einen Plan B

Die Kultusministerien in der Republik haben in den Sommermonaten ihre Energie darauf verschwendet, so schnell wie möglich in einen „Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen“ zu kommen. Schulen werden damit gegängelt, ständig neue Hygienevorgaben umzusetzen.

12 Jahre BW-Bildungspolitik: 5 Kultusminister*innen – 1 GEW-Landesvorsitzende

Es war eine sehr bewegte Zeit, die ich als GEW-Vorsitzende mit Helmut Rau, Marion Schick, Gabriele Warminski-Leutheußer, Andreas Stoch und Dr. Susanne Eisenmann erlebt habe.

In den 64 Jahren seit Gründung der GEW Baden-Württemberg bin ich die 5. Vorsitzende.

Bildungspolitik verlief in Baden-Württemberg bis etwa 2008 in festen Gleisen. Scheinbar nichts konnte sie erschüttern, obwohl von Jahr zu Jahr sichtbar wurde, dass das dreigliedrige Schulsystem kein wohnortnahes, leistungsstarkes Angebot bieten kann. Es wurde völlig ignoriert, wie massiv sich die Zusammensetzung unserer Bevölkerung und der Schülerschaft verändert hat.

Die CDU startete 2008 mit Kultusminister Rau einen der vielen Rettungsversuche der Hauptschule. Die Pädagogischen Assistent*innen kamen als Unterstützung an die Hauptschulen – finanziert nur bis zu den Landtagswahlen 2011. Deutsch und Mathe wurde ausgebaut, 20 Prozent der Hauptschullehrkräfte erhielten A 13. Die Perspektive war, dass in den Folgejahren jeweils weitere 20 Prozent angehoben werden. Auch dafür gab es kein Finanzierungskonzept. Bis heute nicht. Hauptschullehrkräfte nach neuer Ausbildung und Hauptschullehrkräfte in allen anderen Schularten sind in A 13. Hauptschullehrkräfte an den Werkrealschulen haben dagegen überhaupt keine Chance nach A 13 zu kommen. Auch nicht die Grundschullehrer*innen.

Wie reformbedürftig die baden-württembergische Schulpolitik zu diesem Zeitpunkt war, machte auch der offene Brief von Schulleitungen von Haupt- und Werkrealschulen aus dem Jahr 2007 deutlich, der von über 100 Schulleitern unterschrieben wurde. Sie kommentierten den Hauptschul-Rettungsversuch so: „Als praktizierende Schulexperten haben wir mit Verwunderung und Empörung den am 15.3.2007 in der Schwäbischen Zeitung veröffentlichten Artikel „Land verordnet den Hauptschulen ein Fitnessprogramm“ zur Kenntnis genommen. Die dort dargestellten „neuen“ Vorschläge Ihres Ministeriums kamen uns allesamt sehr bekannt vor. [...] Wir fragen uns, ob Ihr Ministerium eine nur lückenhafte Kenntnislage über die Arbeit an unseren Schulen besitzt oder ob hier gar eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit beabsichtigt ist.“

Dieser Brief machte bundesweit Furore und war ein wichtiger Impuls für nachfolgende Veränderungen.

Die GEW hat im Landtagswahlkampf 2011 das Gutachten zur regionalen Schulentwicklung vorgelegt. Es hat die Tragfähigkeit des Schulangebots landesweit und heruntergebrochen auf die einzelnen Landkreise untersucht.

Kernaussage war: Je integrativer ein Schulsystem, desto wohnortnaher können die weiterführenden Schulen platziert und ein regionales und kommunales Angebot gesichert werden.

Es folgten viele Veranstaltungen, bei denen rege mit Bürgermeister*innen, Gemeinderäten und den Kommunalverbänden diskutiert wurde.

Dann kam die grün-rote Landesregierung.

2014 wurde das Gesetz zur regionalen Schulentwicklung mit Mindestgrößen für die Eingangsklassen der weiterführenden Schulen beschlossen, das zur Schließung vieler Werkrealschulen geführt hat. Ich rufe in Erinnerung, welche weiteren positiven Entwicklungen, Forderungen der GEW, von 2011 bis 2016 umgesetzt wurden. Ohne den Fehlstart mit Warminski-Leitheußer hätten die Reformen besser strukturiert und stabilisiert werden können:

- Erhöhung der Grunderwerbsteuer und massiver Ausbau der Krippenplätze
- Gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule
- Verankerung der Inklusion im Schulgesetz
- Verankerung des Ganztags im Schulgesetz
- Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung
- 180 Stellen als ersten Schritt für Sprachförderung in der Grundschule
- Ausbau der Vertretungsreserve
- Verankerung von Akzeptanz und Toleranz von Vielfalt in den Leitperspektiven der Bildungspläne
- Veränderungen der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr, die Schaffung der Servicestelle Friedensbildung
- Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft
- Abschaffung der Studiengebühren, die die grüne Wissenschaftsministerin in dieser Wahlperiode für internationale Studierende wieder eingeführt hat
- Stärkung der Beteiligungsrechte der Personalräte im öffentlichen Dienst

Seit 2016 haben wir eine grün-schwarze Landesregierung.

Sie versteht sich als Komplementär-Koalition, die nach Aussagen der Grünen „loyal und gut zusammenarbeitet“. Der Bildungsbereich leidet am meisten unter dieser „loyalen und guten Zusammenarbeit“.

Kultusministerin Dr. Eisenmann drückt der Bildungspolitik einen sehr konservativen Stempel auf und macht die positiven Entwicklungsschritte der grün/roten Landesregierung, soweit es die Fraktion der Grünen zulässt, rückgängig.

Ich erinnere daran, dass Kultusministerin Eisenmann antrat mit der Ansage, keine Strukturveränderungen vorzunehmen und Ruhe in die Schulen zu bringen. Sie hat eine vermeintlich kleine strukturelle Veränderung vorgenommen, die große Wirkung hatte und massive Unruhe ausgelöst hat. Sie hat in der Orientierungsstufe der Realschule (Klasse 5/6) verpflichtend die Bewertung auf mittlerem Niveau eingeführt – mit Billigung der Grünen. Mit allen negativen Konsequenzen für die Motivation und den Lernerfolg der Schüler*innen.

Bildungspolitisch kontraproduktiv waren darüber hinaus der Eingriff der Kultusministerin in die Methoden des Leselernens und Schrifterwerbs, das Verbot des Modellversuchs „Grundschule ohne Noten“, die Versuche das dreigliedrige Schulsystem zu zementieren, die Abwehr qualifizierter Ganztagsangebote, die zumindest zu Beginn der Wahlperiode offene Diskreditierung der Gemeinschaftsschulen und die Pflicht zur Vorlage der Grundschulempfehlung an den weiterführenden Schulen. Sie sind Beispiele einer nicht pädagogisch-fachlich fundierten, sondern machtpolitisch motivierten Bildungspolitik.

Die GEW hat in dieser Wahlperiode mehrere Studien in Auftrag gegeben, u.a. zum Lehrkräftebedarf bis 2030 in allen Schularten.

Das Ergebnis: Mit den derzeitigen Studienplatzkapazitäten im Grundschullehramt und bei Sonderpädagogik kann nicht einmal der jetzige Stand der Unterrichtsversorgung bis 2030 gehalten werden.

An Verbesserungen der Sprachförderung, Poolstunden, an Ethik-Unterricht, an Förderstunden, Ganztag, Ausbau der Vertretungsreserve in der Grundschule ist überhaupt nicht zu denken.

Es war die GEW, die mit Kundgebungen und dem Gutachten von Klaus Klemm die Reduzierung der Stellenstreichungen von 11.600 auf 3.096 durchgesetzt hat.

Höchste Unterrichtsverpflichtung, niedrigstes Gehalt, kürzeres Studium, vielfältigste Aufgaben – das ist Grundschule.

Auch der Amoklauf in Winnenden und Wendlingen fiel in meine Amtszeit. Kurz vor dem 10. Jahrestag entpuppten sich die Versprechen von 2009 auf Ausbau der Beratungs- und Unterstützungskapazitäten als halbherzig. Gemeinsam mit dem Verband der Schulpsychologen konnten wir 2018 die Streichung von Stellen für Schulpsycholog*innen verhindern.

2017 hat Kultusministerin Dr. Eisenmann das sogenannte neue Qualitäts-Konzept angekündigt. Dazu hat sich die GEW kontinuierlich, kompetent und nachdrücklich geäußert. Mit den Fortbildungsdaten eines ganzen Kalenderjahres aus dem Kultusministerium haben wir einen grundlegenden, aber leider unbeachteten Beitrag zur Neukonzeption geleistet.

Das Konzept des Kultusministeriums steht nach dem kompletten Abriss der bisherigen – nicht optimalen – Strukturen vor dem Scheitern. Nach mehr als 1,5 Jahren ist das ZSL nur eingeschränkt arbeitsfähig. Das Fortbildungsangebot ist heute deutlich schlechter als noch vor zwei Jahren, engagierte Expert*innen sind demotiviert.

Ein großer Erfolg, der rechtlich erstritten wurde, war die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung in den ersten drei Dienstjahren um 4 bzw. 8 Prozent.

Die innergewerkschaftliche Bilanz der GEW ist positiv. Bei der Verabschiedung meines Vorgängers haben wir erstmals die Marke von 44.000 Mitgliedern geknackt. In diesem Jahr hatten wir Ende März erstmals mehr als 51.000 Mitglieder. Wir sind stabil über 50.000 und damit drittgrößte Gewerkschaft in Baden-Württemberg nach der IG Metall und ver.di. Wir sind bundesweit der größte Landesverband und haben mehr Mitglieder als alle Lehrerverbände des Beamtenbunds zusammen. Ich schließe aus dem kontinuierlichen Mitgliederzuwachs seit mehr als 25 Jahren, dass wir vieles richtig gemacht haben.

151 Tage bis zur Landtagswahl – was braucht die Bildungspolitik bis 2026?

Grundschule

Schulpolitisch ist die Stärkung der Grundschule für mich das TOP-Thema. Die Grundschulen müssen deutlich mehr Ressourcen erhalten.

Auf der Grundschule baut die weitere Schullaufbahn auf. In der Grundschule entscheidet sich, ob ein Kind die positive Erfahrung macht, dass es bei Hürden Unterstützung erfährt, dass Anstrengung mit Erfolg belohnt wird. Dort werden auch Haltungen für den Umgang mit Verschiedenheit geprägt. Wenn uns das nicht gelingt, müssen wir uns in den weiterführenden und beruflichen Schulen nicht über demotivierte Schüler*innen wundern und darüber, dass junge Menschen sich enttäuscht von unserer demokratischen Gesellschaft abwenden.

Die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen hat sich dramatisch verschlechtert.

Vor zehn Jahren gab es noch einen spürbaren Ergänzungsbereich, aus dem Förderstunden, Klassenteilungen, LRS- und Dyskalkulie-Stunden, Sprachförderung und wertvolle Arbeitsgemeinschaften gebildet werden konnten. Der Ergänzungsbereich ist weg.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zusammensetzung unserer Schülerschaft verändert.

Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in unseren 4. Klassen wurde bei der letzten IQB-Studie nur vom Bundesland Bremen übertroffen und beträgt ca. 43 Prozent. Und Baden-Württemberg steht in der Lehrer-/Schüler-Relation in der Grundschule auf dem 16. Platz der 16 Bundesländer.

Alle weiterführenden Schulen haben 10 bis 20 Poolstunden je Zug in der Pflichtstundenzuweisung, über die sie verfügen können. Die Grundschule hat weiterhin keine Poolstunden. Sie hat keine Stunden, um den vielen Kinder, die nicht in den Religionsunterricht gehen, parallel ein Angebot zu machen.

Die GEW kämpft gegen die weiterhin bestehende Vernachlässigung der Grundschule. „Grundschulen – weg vom Abstellgleis!“ Wenige Tage vor den Schulschließungen im März haben wir mit GEW-Schulleitungen aus Grundschulen Kultusministerin Eisenmann 3.000 Unterschriften dieser Kampagne überreicht. Auf den Anfang kommt es an!

Wir brauchen für Ethikunterricht, Ganztags, Inklusion, für Sprachförderung in Regelklassen und Vorbereitungsklassen, Poolstunden, für den Abbau von Bildungsbenachteiligung deutlich mehr Ressourcen und Konzepte.

Studienplätze Grundschullehramt schaffen und NC streichen

Klaus Klemm hat den zusätzlichen Stellenbedarf der Grundschulen berechnet. Nur für die steigenden Schülerzahlen werden bis 2030/31 2.559 zusätzliche Stellen (nicht Personen!) benötigt. Im gleichen Zeitraum scheiden Lehrkräfte im Volumen von 11.926 Stellen aus. Sie müssen ersetzt werden.

14.485 Stellen müssen besetzt werden – nur um den unzureichenden Status Quo zu halten.

Dafür sind von 2015 bis 2020 jährlich 1520 Studienanfänger*innen notwendig und von 2021 bis 2026 jährlich 1410. Seit 2015 liegen wir um mehr als 600 Studienanfänger*innen unter diesem Bedarf. Außerdem rechnet das Statistische Landesamt schon im laufenden Schuljahr mit höheren Schülerzahlen als in der Studie zugrunde gelegt sind.

Der Bedarf an Sonderpädagog*innen bleibt bis 2030 ungedeckt. Klaus Klemm hat ihn Demografie bedingt mit 1.300 Stellen (steigende Schülerzahlen und Pensionierungen) berechnet.

Seit 2016 gibt es jährlich 520 Studienplätze. Der Einstellungsbedarf bis 2020/21 liegt bei jährlich ca. 430 Stellen und steigt bis 2025/26 auf 550 Stellen. Schon in diesem Jahr konnte nicht einmal die Hälfte der Stellen mit Sonderpädagog*innen besetzt werden. An eine verbesserte Ausstattung inklusiver Bildungsangebote ist dabei gar nicht zu denken.

Auch an den Schulen der Sekundarstufe 1 und an den beruflichen Schulen fehlen Lehrkräfte. Es braucht Ressourcen in allen Schularten zum Ausbau der Vertretungsreserve. In der nächsten Wahlperiode müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden.

Gute Schule braucht mehr als Leitfäden, Handreichungen, Modellversuche, Verwaltungsvorschriften, die das Kultusministerium öffentlichkeitswirksam verbreitet.

Für den Abbau von Bildungsbenachteiligung und für die Stärkung der Demokratie brauchen Schulen mehr Zeit, um Schule als Lern- und Lebensraum gestalten zu können.

Ich nenne als stark vernachlässigte Aufgabe die gesellschaftspolitische Verantwortung der Schulen. Demokratiebildung, Medienbildung, die Stärkung der Akzeptanz und Toleranz von Vielfalt, Artikel 1 unseres Grundgesetzes müssen in unseren Bildungseinrichtungen nicht nur gelehrt, sondern gelebt werden. Lesen, Schreiben, Rechnen ist zu wenig für die Vorbereitung auf ein Leben in gesellschaftlicher Verantwortung.

Baden-Württemberg darf sich nicht damit zufrieden geben, die Bildungseinrichtungen am Laufen zu halten. Das Land muss den Anspruch haben bestmögliche Bildungschancen zu schaffen und Benachteiligung abzubauen. Es fehlt der politische Wille, gute Bildung zu gestalten. Ein Blick in andere Länder zeigt, was ich damit meine. Ich nenne Südtirol.

Die drei zentralen Ergebnisse der ersten PISA-Studie sind weiterhin relevant:

- In keinem vergleichbaren Land der OECD-Mitgliedstaaten besteht ein so enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg. Die Verlierer dieses Schulsystems sind insbesondere die Jungen und Migrantenkinder.
- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die nicht richtig lesen und schreiben können, ist in Deutschland viel zu groß. Bundesweit zählte die erste PISA-Studie etwa 23 % - in Baden-Württemberg sind es 19 % - zur so genannten Risikogruppe. 2018 waren es, nach zwischenzeitlichen Verbesserungen, wieder 21 %.
- Auch in den Spitzenleistungen hat unser System erhebliche Defizite – aus unseren Schulen kommen zu wenige hoch- und höchstqualifizierte junge Menschen, obwohl wir alle wissen, dass wir in Zukunft nicht weniger, sondern mehr gut und bestens ausgebildete Fachkräfte brauchen.

Bildung fängt in der Kita an. Wir brauchen weitere Ausbildungskapazitäten für Erzieher*innen. Qualitätssicherung braucht kompetente Leitung und angemessene Leitungszeit. Die Attraktivität des Arbeitsfeldes ergibt sich auch aus der Bezahlung, die verbessert werden muss. Das ist die Grundlage für den Abbau des Personalmangels.

Rhythmisierte Ganztage an Schulen

Er muss in der nächsten Wahlperiode ausgebaut werden. Er unterscheidet sich als Bildungsangebot grundlegend von einem Betreuungsangebot für berufstätige Eltern und ist derzeit Streitpunkt zwischen KM Eisenmann und der Bundesbildungsministerin. Wer den rhythmisierten Ganztage als „Zwangsbeglückung“ bezeichnet, diskriminiert und behindert den Ausbau guter Ganztagsangebote.

Qualitätsentwicklung und Umgang mit Heterogenität

Aufgabe der nächsten Wahlperiode muss es sein, Heterogenität an den Schulen nicht als Problem, sondern als Bereicherung zu sehen. Das gelingt nur, wenn die Schulen mit Ressourcen, Qualifizierung und Begleitung so ausgestattet werden, dass sie die Aufgaben bewältigen können.

Stattdessen baut Kultusministerin Eisenmann kontinuierlich Ressourcen in der Fortbildung und Beratung ab, um die Stunden dem Unterricht zuzuführen. Das ist falsch.

Das Lernmilieu ist entscheidend: Heterogenität führt dann zu positiven Ergebnissen, wenn nicht mehr als 30 Prozent sozioökonomisch benachteiligter Schüler*innen in einer Klasse sind. Negative Leistungseffekte gibt es in inklusiven Klassen vor allem dann, wenn lernschwächere und sozial Benachteiligte überwiegen. Das ist an unseren Werkrealschulen, teilweise auch an Gemeinschafts- und Realschulen der Fall. „Ein unerwünschter Nebeneffekt der frühen Verteilung auf institutionell getrennte Bildungsgänge ist die soziale Segregation der Jugendlichen.“ heißt es in den PISA-Studien. Deutlich ausgedrückt: Eine Homogenisierung am unteren Leistungsende wirkt negativ. Oder: Die frühe Aufteilung unserer Kinder nach der Grundschule ist insbesondere für die Schwächsten fatal. Immer noch.

Digitale Ausstattung

Leider wird uns die digitale Ausstattung der Schulen auch in der nächsten Wahlperiode beschäftigen. Die komplette Ausstattung von Schüler*innen und Lehrkräften nützt nichts, wenn kein schnelles Internet zur Verfügung steht. Dazu braucht es verstärkte Anstrengungen.

Schulleitungen als Führungskräfte behandeln

Qualitätsentwicklung heißt auch, die Schulleitungen dieses Landes als Führungskräfte zu behandeln. Gute Schule braucht Führungskräfte, die Zeit und Kompetenzen für Schul- und Personalentwicklung haben. Letzte Woche wurde im Landtag über Verbesserungen in der Besoldung entschieden. Das ist gut. „Mehr Zeit“ wurde dagegen in die nächste Wahlperiode verschoben. Das macht Schulleitung unattraktiv. Sie würde sich positiv auf die Bildungsqualität auswirken.

Coaching in allen Schularten einführen

Regelmäßige Coaching-Gespräche sind an allen Gemeinschaftsschulen als wesentliches Element verankert. Sie beinhalten, dass Schüler*innen in Einzelgesprächen mit der Lehrkraft ihr Lernen reflektieren, die Verantwortung dafür übernehmen, sich realistische Ziele setzen. Sie lernen für sich und nicht für Klassenarbeiten, Eltern oder die Lehrerin. Schüler*innen werden als Individuen wahrgenommen. Erfolge werden bewusst gemacht. Sie erleben, dass sie Herausforderungen erfolgreich gewältigen können. In den anderen Schularten erhalten Schüler*innen Rückmeldungen nahezu nur über Noten und Zeugnisse. Selbstwirksamkeit, Selbstbewusstsein, Selbstvertrauen, verantwortlich handeln – das sind in der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation herausragend wichtige Kompetenzen.

Kindern und Jugendlichen werden im Elternhaus vielfach Verantwortung und Aufgaben von den Eltern abgenommen. Ihnen fehlt häufig die Erfahrung mit der Bewältigung von Herausforderungen und damit auch der Umgang mit Erfolg und Misserfolg. Die Gespräche sind frei von Beschämen und Diskriminierung. Das erlebbar zu machen ist das Beste, das wir Schüler*innen geben können.

A 13 für alle wissenschaftlichen Lehrkräfte

Es fehlt die finanzielle Anerkennung der Arbeit von Lehrkräften an Werkrealschulen und an Grundschulen. Sie ist nicht gleich, aber gleichwertig mit den anderen Lehrkräften. Dass wir A 13 in meiner Amtszeit nicht erreicht haben, ist meine größte Enttäuschung.

Arbeitsbedingungen verbessern – Deputate senken, Ressourcen bereitstellen

Die Themen der GEW bleiben Fachkräftemangel, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit. Die Arbeitsbelastung an den Schulen ist enorm gestiegen, und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ. Deutlich zugenommen haben verbale Angriffe und Rechtfertigungsdruck.

Mit der derzeitigen Unterfinanzierung des Bildungssystems muss Schluss sein. So wird es weder gelingen bessere Leistungen zu erreichen noch werden Kita und Schule so zu einem attraktiven Arbeitsplatz.

Gesellschaftspolitische Verantwortung der GEW

Die GEW ist keine standespolitische Organisation. Die GEW wird auch in der nächsten Wahlperiode gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmen – in den Bildungseinrichtungen und in der Gesellschaft. Dazu gehört für mich auch die Stärkung der Zivilcourage von Lehrkräften. Der Einsatz für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt, die Ablehnung jeglicher Diskriminierung muss Leitlinie unseres gewerkschaftlichen und persönlichen Handelns sowie unseres Erziehungs- und Bildungsauftrags sein. Denn (Rechts-)Populismus, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit haben in erschreckendem Maße zugenommen.

Dass in Frankreich ein Lehrer grausam ermordet wird, der seinen Bildungsauftrag, Erziehung zu mündigen Bürger*innen und Meinungsfreiheit, wahrgenommen hat, mahnt uns, uns stärker für den Schutz unserer Demokratie einzusetzen sehr viel mehr zu stärken.

Ich danke Ihnen allen für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und die sachliche Berichterstattung. Ich wünsche Ihnen allen alles Gute.